

# Stressemann reist nach Paris.

Der Zustand des Abwartens und der gehinnten Aktionsfähigkeit kann nunmehr für die deutsche auswärtige Politik als überwunden angesehen werden, nachdem Deutschland wieder über eine arbeitsfähige Regierung verfügt, und nachdem wieder eine Front derjenigen Parteien gebildet ist, die es der früheren Regierung Luther ermächtigt hatte, die Verträge von Locarno zum Abschluss zu bringen. Schon jetzt werden von den verschiedensten Seiten der interessierten Mächte Kühler angestrebt, um mit dem neuen deutschen Reichsministerium zur diplomatischen Verhandlung über die noch zu klärenden Fragen zu gelangen. In diesem Zusammenhang ist es außerordentlich interessant, daß von französischer Seite die Meldung verbreitet wird, der französische Ministerpräsident

**Briand erwarte für die nächste Zeit den Besuch Dr. Stressemanns,** der noch immer an der Absicht festhalte, nach Paris zu fahren, um dort über die Rückwirkungen der Locarno-Verträge zu verhandeln. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, trifft diese französische Meldung insofern zu, als der Plan, Dr. Stressemann, eine Begegnung mit Briand herbeizuführen, tatsächlich noch immer besteht und daß er voraussichtlich auch in absehbarer Zeit zur Ausführung gelangen wird. Allerdings liegen zur Zeit noch keinerlei Vereinbarungen zwischen Dr. Stressemann und Briand über den Zeitpunkt der Begegnung vor, aber man darf annehmen, daß die beiden Staatsmänner, sobald sie nach Erledigung ihrer dringlichen Aufgaben eine kleine Ruhepause gewonnen haben, eine entsprechende Verhandlung treffen werden. Zwischen Deutschland und Frankreich schweben noch immer eine Reihe wichtiger Fragen, die im Interesse der Entspannung der beiderseitigen Beziehungen möglichst rasch geklärt werden müssen. Es handelt sich dabei um wirtschaftliche und um politische Angelegenheiten, von deren Lösung es abhängen wird, ob der Vertrag von Locarno für beide Länder den Wert erlangen wird, den man im Interesse einer Beruhigung der außenpolitischen Verhältnisse gern erwartet hätte.

Die französische Regierung scheint sich jedoch neuerdings darauf einzustellen eine völlig abwegige Politik gegenüber Deutschland zu befolgen. Dies tritt sehr augenscheinlich bei der Behandlung der Frage der Herabminderung der Truppenstärke hervor, bei der die französische Politik das Bestreben verfolgt, noch weitergehende Garantien von Deutschland zu verlangen. Das alliierte Militärkomitee, das in diesem Falle einen sehr starken Einfluß auf die Entscheidungen der Pariser Regierung ausübt, fordert nämlich

**die Errichtung eines neuen Kontrollsystems,** das an Stelle der interalliierten Militärkontrollkommission treten soll, deren Tätigkeit mit der vollständigen Entlassung Deutschlands ein Ende erreicht hat. Diese Forderungen widersprechen nicht nur dem Geiste der Abmachungen von Locarno, sondern sie bedeuten auch im

höchsten Grade eine Verleugnung des Grundgedankes, daß Deutschland nach seinem Eintritt in den Völkerbund endlich ein Anrecht auf die Gleichberechtigung innerhalb der europäischen Großmächte für sich in Anspruch nehmen darf.

Ueber die Völkerbundfrage wird in den nächsten Tagen noch sehr viel gesprochen werden müssen, da nunmehr der entscheidende Moment herannaht, wo die Frage der Stellung eines deutschen Zulassungsgesuches endgültig geregelt werden soll. Die alliierten Regierungen hätten daher allen Anlaß, die Position der deutschen Regierung nicht zu erschweren, zumal die hinter der Regierung stehenden Reichstagsparteien nicht ohne weiteres bereit sein werden, den Eintritt in den Völkerbund zu vollziehen, ohne daß diejenigen Fragen geklärt sind, die zu den Rückwirkungen des Vertrags von Locarno gehören.

## Die Deutschnationalen und der Völkerbund.

Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat beim Reichstag folgenden Antrag eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen: Der Antrag auf Eintritt in den Völkerbund ist nicht zu stellen bevor insbesondere 1. Die Auslegung der deutschen Regierung (kein Verzicht auf deutsches Land und Volk, freies Bündnisrecht, volle Neutralität und Handlungsfreiheit Deutschlands gegenüber Artikel 16 und 17 des Völkerbundsstatuts) vom Völkerbund und den anderen Vertragsstaaten authentisch anerkannt sind. 2. Die Beschränkung der deutschen Luftfahrt und der Investigationsbefugnisse aufgehoben worden sind und jede einseitige Militärkontrollrolle gegenüber Deutschland ausgeschlossen ist, bis die vorbereitende Abrüstungskonferenz stattgefunden und ein Ergebnis erzielt hat, durch welches die völlige Gleichberechtigung der Völker in Abrüstungsfragen tatsächlich gewährleistet ist. 3. Der amtliche Widerruf des Deutschland im Versailler Vertrag abgepreßte Schuldbekennnisses allen Signatarmächten mit der Forderung auf unparteiliche internationale Untersuchung der Schuldfrage notifiziert, das Recht Deutschlands auf seine Kolonien anerkannt und der Schutz der deutschen Minderheiten in allen Staaten sicher gestellt ist. 4. Hinsichtlich der besetzten Gebiete die in Aussicht gestellten und unerlässlichen Voraussetzungen und Rückwirkungen erfüllt sind, also a) die Kölner Zone vollständig geräumt ist, b) die wesentliche Abklärung der Belastungsfragen für die zweite und dritte Zone und der Abstimmungsfrist für das Saargebiet rechtlich bindend gefestigt ist, c) für die Zwischenzeit die Berringerung der Besatzungsstärke auf deutschen Friedenszustand und eine wirksame Revision des Besatzungsregimes (Delegierten, Ordnanungen, bürgerliche Rechtspflege) Unantastbarkeit der persönlichen Freiheit) durchgeführt ist.

## Der deutsche Protest gegen die Stärke der Besatzungstruppen.

Der Pariser „Times“-Vertreter meldet, die deutschen Vorstellungen bezüglich der Stärke der Besatzungstruppen würden gegenwärtig zwischen London, Paris und Brüssel besprochen und eine ernste Beachtung scheine ihnen gesichert. Chamberlain und Briand würden sie beim Zusammentreffen in Paris vor Chamberlains Rückreise besprechen. Gleichzeitig wird die Frage der Einsetzung einer künftigen Aufsicht über die deutsche Bewaffnung bis zur Übergabe der Kontrolle an den Völkerbund erörtert werden.

## Zustimmung in London.

Die „Westminster Gazette“ schreibt heute: Es wäre die höchste Zeit gewesen, daß sich Deutschland über die englische und französische Nichterfüllung der in Locarno wegen Verminderung der Rheinlandbesatzung gegebenen Zusicherungen beschwerte. Briand befindet sich in einer schwierigen Lage, aber England könne nichtsdestoweniger seinerseits keine Truppen vermindern, ohne befürchten zu müssen, daß es deshalb das Prestige verliere. Die englische Regierung befürchte dies, denn 8000 Mann englische Truppen seien im Vergleich zu 60 000 Franzosen zu wenig, aber es könne als kein Prestigeverlust angesehen werden, wenn man die logischen Folgerungen aus den Locarno-Verträgen ziehe und die deutschen Gründe zur Beschwerde bejeitige.

## Die erste Kabinettsitzung.

Berlin, 22. Januar 1926.

Das neue Reichskabinet trat gestern nachmittags nach fünf Uhr zu seiner ersten konstituierenden Sitzung zusammen. Nach Erledigung einiger Formalitäten wurde mit der Erörterung und der Formulierung der Regierungserklärung begonnen, die der Reichskanzler voraussichtlich am Dienstag vor dem Reichstage zur Verlesung bringen wird. Reichskanzler Dr. Luther und Außenminister Dr. Stressemann legten sehr ausführlich den gegenwärtigen Stand der außenpolitischen Fragen dar und entwickelten die Gedankengänge, die bei der Fortführung der bisherigen Außenpolitik auf Grund der sich aus dem Locarno-Vertrag ergebenden Konsequenzen herausgebildet haben. Wie verlautet, ist über die Beurteilung der außenpolitischen Fragen im neuen Reichskabinet volle Einmütigkeit gegeben.

## Die Fraktionsitzungen.

Im Reichstag war der gestrige Nachmittag nach dem frühen Schluß der Plenarsitzung den Fraktions-

sitzungen vorbehalten. Die Wirtschaftliche Vereinigung beriet über ihre Stellungnahme zu dem neuen Kabinet und beschloß an ihrer Entscheidung festzuhalten, worauf sie abwartend verhalten wird. Sie sieht dieser Regierung in sachlicher, aber nicht in grundsätzlicher Opposition gegenüber und behält sich ihre Einseitigkeiten zu den Reaktionsmaßnahmen von Fall zu Fall vor. Die Deutsche Volkspartei, die Demokratische Partei und die Sozialdemokratische Partei hielten nur kurze Sitzungen zur Behandlung laufender Angelegenheiten ab. Gegenstand der Beratungen waren u. a. bei der Volkspartei die Preisentwicklung, bei den Demokraten die Fürstenabfindung und bei den Sozialdemokraten das Gemeindebestimmungsrecht. Das Zentrum beschäftigte sich mit dem Reichshaushaltsplan für 1926. Ueber die Befehle des Postens des Ernährungsministers wurde nicht gesprochen.

## Sächsischer Landtag.

Sitzung vom 21. Januar 1926.

Auf der Tagesordnung der heutigen Landtagsitzung steht die erste Beratung über den ordentlichen und außerordentlichen Staatshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1926. Dazu erhält das Wort

## Finanzminister Dr. Reinhold

der u. a. ausführt: Nachdem wir Ende 1923 die Stabilisierung unserer Währung erreicht hatten, mußten wir zunächst durch die sogenannte Deflationskrisis hindurch. Diese Krisis, die die scheinbare Hochkonjunktur der Inflationszeit ablöste, war in erster Linie eine Produktionskrisis, die gerade über Sachseu ganz besonders schwer hereinbrach, wo rund ein Viertel unserer gesamten Bevölkerung aus öffentlichen Mitteln unterstützt wurde. Nach Überwindung der Produktionskrisis sind wir noch einer verhältnismäßig kurzen Epoche erträglicher Wirtschaftsverhältnisse in eine Geld- und Kreditkrisis gekommen, die zu ernstesten Sorgen Anlaß gibt. Versichert wurde diese Krisis dadurch, daß die Lage sehr wichtiger Zweige unserer Produktion sich recht ungünstig gestaltete. Es sei hier auf die Eisenindustrie und den Steinkohlenbergbau hingewiesen.

Dazu kommt

## Die schwierige Lage der Landwirtschaft.

die trotz der guten Ernte des vergangenen Jahres, die nur in einigen Gegenden — leider auch wieder in unserem engen Heimatlande — Minderernte hatte, vor ernstlichen Sorgen steht. Der Hauptgrund dieser Schwierigkeit liegt in der Preisentwicklung der landwirtschaftlichen Produkte, die, vor allem was den Roggenpreis betrifft, der Landwirtschaft sehr schwer die Möglichkeit gibt, die für alle ihre Bedarfsartikel wesentlich höheren Preise zu tragen. So ist die Landwirtschaft in eine Verfallung gekommen, die bei der Höhe des augenblicklichen Zinsfußes in Deutschland sehr bedenklich erscheint. In mindestens demselben Maße trifft die

## Kreditkrisis die Industrie.

die in Deutschland in den letzten Wochen zu einer Art Vertrauenskrise ausartet.

Es muß zugegeben werden, daß die zu harten Steuererhebungen

in Reich, Ländern und Gemeinden zur Verschärfung der Krise wesentlich beigetragen haben. Daß in der Zeit, als die Erhaltung einer stabilen Währung die vornehmste Aufgabe der Regierung war, hinter der alle anderen zurücktreten mußten, eine Steuerpolitik berechtigt und nötig war, die zur Erreichung des Zweckes der Währungserhaltung die schwersten Opfer von allen Kreisen forderte, wird niemand verkennen. Aber daß, nachdem die öffentlichen Kassen aufgefüllt waren und die Währung nicht mehr gefährdet war, die zu harte Steuererhebung zum Teil weitergeführt wurde, rächt sich schwer. Es muß deshalb unbedingt auf dem Wege, den Sachsen mit der Senkung der Realsteuern und das Reich vor allem mit der Senkung der Umsatzsteuer begonnen hat, soweit die öffentlichen Finanzen es irgendwie zulassen, fortgesetzt werden, da der alte Satz, daß nur eine gesunde Wirtschaftspolitik auf die Dauer eine gute Finanzpolitik sein kann, seine alte Wahrheit neu beweisen hat.

Der Zugang der Spareinlagen in Sachsen ist 1925 nicht unerfreulich. Waren Ende 1923 erst 600 000 Mark und Ende 1924 16,6 Millionen Mark in den sächsischen Sparkassen vorhanden, so liegt dieses Guthaben bis Ende Dezember auf 72,4 Millionen. Aus eigenen Mitteln hat das Land nicht unerhebliche Mittel für Landwirtschaft, Industrie, Handel und Wohnungsbau zur Verfügung gestellt, so 2,4 Millionen für die Beschaffung von Saatgut und Düngemitteln, 3,5 Millionen zugunsten des gewerblichen Mittelstandes, 1 Million für das notleidende Handwerk im Erzgebirge, 1 Million für Landmaschinenbesitzer zur Modernisierung ihrer Betriebe, 3 Millionen als Darlehen an Gemeinden für Wohnungsbauzwecke. Dazu kommt, daß auch zur Erleichterung landwirtschaftlichen Kredits landwirtschaftliche Pfandbriefe von der Landesbank ausgestellt wurden.

Daß bei dieser sorgenvollen Lage unserer Wirtschaft auch die Lage unserer Staatsfinanzen außerordentlich ernst ist, ist eine Selbstverständlichkeit. Zwar wird das Rechnungsjahr 1926, wenn nicht die letzten Wochen außerordentliche Verschlechterungen bringen, nicht das nach dem vom Landtag verabschiedeten Etat zu erwartende Defizit von annähernd 40 Millionen bringen, zumal nach der Berücksichtigung noch eine Verbesserung des Finanzausgleichs erreicht werden konnte. Aber während bis in den Herbst hinein Einnahmen und Ausgaben des ordentlichen Etats noch im Einklang standen, ist in den letzten Wochen bei steigenden Ausgaben — insbesondere durch die seit dem Januar notwendig werdenden Staatsausfälle zu der Gewerbesteuererhöhung — ein bedenkliches Sinken der Einnahmen zu beobachten, so daß wir den nächsten Monaten mit erster Sorge entgegensehen, zumal die Bekümmernisse der Landesbank sehr stark zusammengelagert sind und im Augenblick nur das zur Aufrechterhaltung der Staatsverwaltung notwendige Betriebskapital ausmachen. Insgesamt hat die Landesbank bis zum 19. Januar zu Lasten des ordentlichen Staatshaushalts 167 945 000 Mark verausgabt, wobei allerdings die gesamten Januar-Gehälter inbegriffen sind, während die Einnahmen im gleichen Zeitraum nur 153 478 000 Mark betragen. Bei dieser Sachlage mußte die Regierung und insbesondere das Finanzministerium bei Ausstellung des neuen Etats die äußerste Einschränkung der Ausgaben vornehmen.

Der diesjährige Haushaltsplan sieht erstmalig eine Verminderung der Beamtenzahl und zwar um 88 vor. Dieses Ziel wurde nicht durch einen schematischen Abbau, der die Staatskasse nur mit hohen Pensionen und Wartegeldern belastet, erreicht, sondern durch einen organischen Abbau über die Beförderungsverhältnisse der Beamtenzahl nicht berührt werden. Hierbei sei erwähnt, daß die gesamten Kosten der oberen Beamten, der Minister, der Ministerialdirektoren und der Ministerialräte in der Zentralverwaltung insgesamt 1 000 000 Reichsmark ausmachen eine Summe, die für den nächsten Etat allein aus den Erträgen der neu geschaffenen wasserwirtschaftlichen Betriebe erhofft wird.

Außerordentlich hart ist die Belastung der Staatskasse mit Pensionen und Wartegeldern, die sich insgesamt auf 41 Millionen belaufen. Der nach gewissen Erfahrungsgesetzen auf die Vermehrung der Beamtenstellen zu rechnende Mehrbetrag an Ruhegehältern kann gegenüber 1914 mit rund 7 000 000 Reichsmark angenommen werden, so daß sich gegenwärtig, abgesehen von den Abbaulasten, ein Ruhegehälteraufwand von rund 25 000 000 Reichsmark ergeben müßte. Wenn gleichwohl ein Betrag von rund 35 000 000 Reichsmark angefordert werden muß, so ist dies die Folge von dem seit 1920 wiederholt eingetretenen wesentlichen Verbesserungen auf dem Gebiete des Versorgungsrechts für die Beamten. Ich darf bemerken, daß von den 1670 abgebauten Beamten nur zwei unter 50 % ihres Dienstverdienstes als Wartegeld bezogen.

Der Steigerung des normalen Ruhegeldaufwandes steht erfreulicherweise eine Minderung des infolge des Personalabbaues eingetretenen Ruhegeldaufwandes, und zwar von rund 8 000 000 Reichsmark im Etat für 1925 auf rund 6 500 000 Reichsmark im gegenwärtigen Etat gegenüber.

Was die Pensionen von Ministern anbelangt, so haben im Augenblick zwölf Minister und die Hinterbliebenen von sieben Ministern Anspruch auf Ruhegehälter, die insgesamt einen Jahresbeitrag von rund 263 000 Reichsmark ausmachen. Davon stammen vierzehn Ruhegehälter, es handelt sich insofern um acht in Wartegeld oder Ruhegehälter lebende Minister und um die Hinterbliebenen von sechs Ministern — aus der Zeit vor der Staatsumwälzung und fünf Ruhegehälterberechtigte —, und zwar vier Minister und die Witwe eines weiteren Ministers — aus der Zeit nach der Staatsumwälzung. Unter diesen fünf befinden sich der frühere Ministerpräsident Zeigner, dem nur noch auf kurze Zeit ein Teil seiner Pension zueht, und zwei andere Minister, die ein anderes Staatsamt übernommen haben, so daß nach dem Gesetz ein Teil ihres Ruhegehälts zu ruhen hat.

Nach immer ist also

## der sächsische Staat so gut wie unverschuldet.

Ob im neuen Rechnungsjahr für die Mittel des außerordentlichen Etats, vor allem für den großzügigen Plan der Wiederherstellung der Staatsbahn, eine Staatsanleihe aufgenommen werden wird, hängt von der Entwicklung der Einnahmen und der Lage des in- und ausländischen Kapitalmarktes ab. Jedenfalls möchte ich mit allem Nachdruck feststellen, daß der sächsische Staat, dessen große Vermögenswerte so gut wie unbelastet sind, schon durch sein Vermögen, ganz abgesehen von der Steuerkraft seiner wertvollen Bevölkerung, die denkbar günstigste Sicherheit für eine Anleihe bietet.

Wie groß die steuerliche Belastung schon jetzt ist, bitte ich aus folgendem Vergleich zu erkennen, wobei ich bemerke, daß es sich nur um die dem Lande Sachsen zustehenden Steuern handelt, zu denen die außerordentlichen Belastungen durch die Reichs-, Bezirks- und Gemeindesteuern noch hinzukommen. Während im letzten, dem Landtage vorgelegten Friedensetat — im Haushalts für 1914 — der durch Steuern und Abgaben zu deckende Staatsbedarf sich auf 92,2 Millionen

werden  
lii  
rechts  
demo  
liche  
der  
D  
Posten  
Regler  
der  
in  
de  
Durd  
Soll  
der  
ich  
der  
Deut  
D  
mit  
angen  
J  
Bla  
laden  
Reichs  
für  
eines  
nisse  
hoch  
ein  
schen  
wieder  
und  
haat  
den  
ein  
ein  
verteil  
holpl  
werden  
beson  
Ausf  
Bei  
zwischen  
Gebü  
len  
gele  
sch  
und  
ein  
werden  
mit  
von  
berei  
Reichs  
Land  
woon  
finan  
zustie  
mittlun  
Reue  
sch  
Das  
Sachse  
nur  
1925  
lag  
schlag  
versteu  
und  
Stim  
der  
Haush  
in  
würde  
Wele  
Steuern  
Der  
beson

881  
und  
ohne  
Hans  
sagte  
Sie  
deugte  
an  
se  
als  
er  
Dokt  
um  
ein  
der  
F  
hoch  
ihrem  
als  
sei  
Er  
Fäden  
nicht  
der  
W  
und  
bump  
W  
paar  
Darth  
E  
den